

**Handlungsprogramm zur
nachhaltigen kommunalen
Haushaltspolitik**

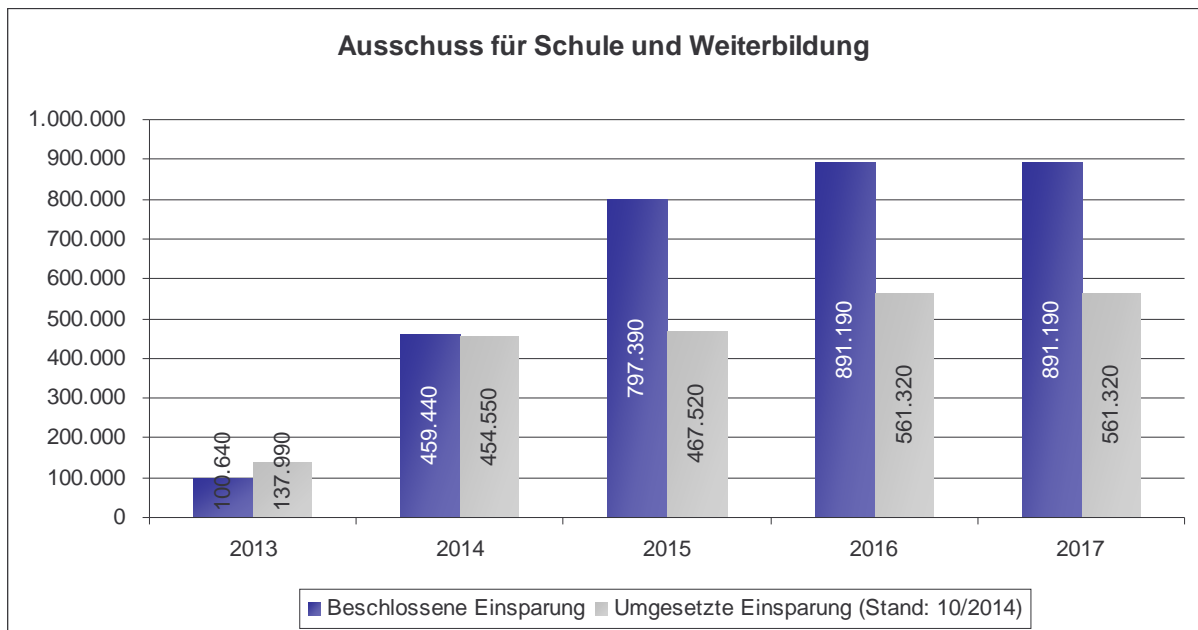
3. Projektbericht zur Umsetzung

Auszug für:

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Stand: Oktober 2014

Abbildung 1: Finanzieller Umsetzungsstand der Maßnahmen in der Zuständigkeit des Ausschusses für Schule und Weiterbildung



Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 106	Bezeichnung Einstellung der Förderung (einschließlich durchlaufender Gelder) für den Schüleraustausch an münsterschen Schulen ab dem Schuljahr 2015/2016								
Dez. IV	Amt 40	PG 03 01	Beschreibung Beschreibung: Die derzeitige Förderung der Organisationsteams für den Schüleraustausch mit Partnerstädten, dem internationalen Schüleraustausch münsteraner Schulen und die Weiterleitung von Geldern Dritter für den deutsch-französischen und deutsch-polnischen Schüleraustausch wird ab dem Schuljahr 2015/2016 eingestellt. Bürgerwirkung: Die Organisation und Finanzierung von Schüleraustauschaktivitäten für die Schulen wird erschwert. Personalwirkung (Stellen): Hierdurch entfallen 0,1 Stellenanteile E 08								
Gremium ASW											
Beschluss aufgreifen											
Ergebnis-verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	-5.000	-10.000	-10.000						
Personalaufwendungen	0	0	-2.000	-4.790	-4.790						
Sachaufwendungen	0	0	-7.970	-17.130	-17.130						
Saldo	0	0	4.970	11.920	11.920	11.920	0	0	4.970	11.920	11.920
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt											
Sachstandsbericht 2013 Juli: Die Einstellung des Schüleraustauschs soll zum Jahr 2015/2016 erfolgen. Derzeit wurden die Schulen noch nicht im Detail darüber informiert, zumal noch eine Klärung bezüglich der ebenfalls betroffenen "durchlaufenden Mittel" der Bezirksregierung erforderlich ist. Es ist vorgesehen, die Schulen in der ersten Hälfte des Jahres 2014 zu informieren, damit ab dann die Entscheidung bei Planungen berücksichtigt werden kann. November: Keine Veränderung zum Sachstandsbericht Juli 2013.											
Sachstandsbericht November 2014 Die Einstellung des Schüleraustauschs soll zum Jahr 2015/2016 erfolgen. Im Frühjahr 2014 wurden die Schulen und anderen Beteiligten darüber informiert, dass ab dem Schuljahr 2015/16 keine Förderung mehr möglich ist. Mit der Bezirksregierung Münster wurde abgestimmt, dass die Schulen die von dort bereit gestellten Mittel direkt erhalten können. Den Organisationsteams wird letztmalig in 2015 ein Zuschuss gewährt.											Abschlussbericht? nein

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 108	Bezeichnung Aufgabe der Kreisverbandsgeschäftsführung ab 2014								
Dez. IV	Amt 40	PG 03 01	Beschreibung Beschreibung: Im Amt für Schule und Weiterbildung wird die Geschäftsführung für den Kreisverband (Vorsitzender: Dez. I) und koordinierende Aufgaben zusammen mit der Kreisverbandsgeschäftsstelle in Münster wahrgenommen. Hierzu gehören u.a. auch die Aktivitäten am Volkstrauertag oder im Zusammenhang mit Sammlungen. Gleichzeitig zahlt die Stadt Münster einen Förderbeitrag in Höhe von jährlich 520,- €. Diese Aufgaben werden ab 2014 nicht mehr durch das Amt für Schule und Weiterbildung wahrgenommen. [...] Hinweis: Aus Platzgründen ist die Beschreibung hier nicht vollständig wiedergegeben. Die vollständige Beschreibung kann der Vorlage zum 1. Projektbericht (Vorlage V/0386/2013) entnommen werden.								
Gremium ASW											
Beschluss aufgreifen											
Ergebnis-verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-4.880	-4.880	-4.880	-4.880						
Sachaufwendungen	0	- 520	- 520	- 520	- 520						
Saldo	0	5.400	5.400	5.400	5.400	5.400	0	5.400	5.400	5.400	5.400
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht 2013 Juli: Die Aufgabe soll zum Jahresende 2013 erfolgen, insoweit sind derzeit noch alle Tätigkeiten zu erledigen; vorbereitende Arbeiten für die Aufgabe der Geschäftsführung erfolgen derzeit. Der Volksbund -Bezirksverband- wurde in Abstimmung mit dem Kreisverbandsvorsitzenden -Herrn Stadtrat Heuer- über die Aufgabe der Geschäftsführung informiert. Die Aufgabe der Geschäftsführung hat sowohl beim Bezirksverband wie auch bei anderen Beteiligten (z.B. Bundeswehr im Zusammenhang mit Sammlungen oder den Veranstaltungen zum Volkstrauertag) zu erheblichen Irritationen und Unverständnis über die Haltung der Stadt Münster geführt. November: Keine Veränderung zum Sachstandsbericht Juli 2013.											
Sachstandsbericht November 2014 Die Aufgabe der Geschäftsführung erfolgte zum Jahresende 2013. Der Volksbund -Bezirksverband- wurde in Abstimmung mit dem Kreisverbandsvorsitzenden -Herrn Stadtrat Heuer- über die Aufgabe der Geschäftsführung informiert. Die Aufgabe der Geschäftsführung hat sowohl beim Bezirksverband wie auch bei anderen Beteiligten (z.B. Bundeswehr im Zusammenhang mit Sammlungen oder den Veranstaltungen zum Volkstrauertag) zu erheblichen Irritationen und Unverständnis über die Haltung der Stadt Münster geführt.											Abschlussbericht? ja

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 110	Bezeichnung Overhead Amt 40								
Dez. IV	Amt 40	PG 03 01	Beschreibung Beschreibung: Durch Reduzierung der Zahl der Abteilungen im Amt 40 werden die Personalkosten im Bereich des Overheads um 83.630 € reduziert. Bürgerwirkung: mittelbar durch Verdichtung der Aufgabenwahrnehmung Personalwirkung (Stellen): 1,0 A14 / E14 Flächenwirkung: 1 Büro rund 25 qm								
Gremium ASW											
Beschluss aufgreifen											
Ergebnisverbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	-83.630	-83.630						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	83.630	83.630	83.630	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt											
Sachstandsbericht 2013 Juli: Umsetzung steht erst in 2015 mit Wirkung ab 2016 an. Vorbereitungen dazu sind getroffen November: Bereits in 2013 ist eine Abteilungsleitungsstelle innerhalb des Amtes 40 nach internem Wechsel frei geworden und wurde nicht neu besetzt. Die Zahl der Abteilungsleitungen ist damit bereits reduziert. Aus organisatorischen Gründen muss aber eine Sachbearbeiterstelle noch bis Ende 2015 eingespart werden.											
Sachstandsbericht November 2014 Keine Veränderung zu den Sachstandsberichten 2013.										Abschlussbericht? nein	

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 111	Bezeichnung Kürzungen beim Medienentwicklungsplan Zusatz: Die Kürzung darf nicht bei den Grundschulen erfolgen.								
Dez. IV	Amt 40	PG 03 01	Beschreibung Kurzfristige Einsparungen könnten nur zu Lasten der Endgeräteanzahlen gehen. In der Folge würde der MEP-Nutzen für die Schulen massiv sinken. Unterschreitet man eine bestimmte Untermenge an Endgeräten und Software, wäre der Sinn des MEP in Frage zu stellen. Es bietet sich daher an, den MEP neu zu konzipieren und dabei insbesondere die im Folgenden aufgeführten Gesichtspunkte zu berücksichtigen: [...] Hinweis: Aus Platzgründen ist die Beschreibung hier nicht vollständig wiedergegeben. Die vollständige Beschreibung kann der Vorlage zum 1. Projektbericht (Vorlage V/0386/2013) entnommen werden.								
Gremium ASW											
Beschluss geändert aufgreifen											
Ergebnisverbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000						
Saldo	0	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	100.000	100.000	100.000	100.000
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt											
Sachstandsbericht 2013 Juli: Der verwaltungsseitige Vorschlag für eine Neukonzeption des Medienentwicklungsplans ist für das 4. Quartal 2013 vorgesehen. November: Keine Veränderung zum Sachstandsbericht Juli 2013.											
Sachstandsbericht November 2014 Gemeinsam mit der Lenkungsgruppe (Vertreter der Schulformen) haben in 2014 intensive Gespräche zur zukünftigen Ausrichtung des MEP stattgefunden. Ziel ist es, diese Überlegungen im IV. Quartal in die politische Beratung einzubringen. Die geforderte Einsparung von 100.000 Euro wird in 2014 durch eine Bündelung von Einzelmaßnahmen erreicht (Verlängerung von Hardware-Standzeiten, Wegfall externer Datensicherung im pädagogischen Netz, Visualisierung von Servern).										Abschlussbericht? nein	

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 112	Bezeichnung Reduzierung um 0,5 Personalstelle									
Dez. IV	Amt 40	PG 03 01	Beschreibung Beschreibung: Im Bereich Statistik, Prognosen, Auswertungen und Berichte für die allgemeinbildenden Schulen sind 2 Mitarbeiter/-innen tätig (1 x Vollzeit, 1 x 25 Stunden); es erfolgt die Reduzierung der Vollzeitstelle, um weiterhin Vertretungsregelungen sicherzustellen. Bürgerwirkung: > Auswertungen, Anfragen, Berichte etc. für die Schulentwicklung, Vorlagen und das Berichtswesen können nur verzögert bearbeitet werden; die zentrale Daten- und Planungsgrundlage für die Schulentwicklungsplanung wird so eingeschränkt. > Aktuelle Entwicklungen (Stichwort Konversion) können nicht zeitnah aufgegriffen werden. > Die Bearbeitung von Anfragen zum Schulwahlverhalten, zu Auswirkungen von Schulneugründungen, Schülerprognosen für einzelne Schulstandorte etc. verzögert sich Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle A 1 Flächenwirkung: keine									
Ergebnis-verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	-31.430	-31.430	-31.430	-31.430		-20.000				
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		0	31.430	31.430	31.430	31.430	31.430	20.000	31.430	31.430	31.430	31.430
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht 2013 Juli: Eine befristete Arbeitszeitreduzierung in diesem Jahr hat zu der Aufwandssenkung 2013 geführt. Die abschließende organisatorische Umsetzung ist für das 2. Halbjahr 2013 geplant. November: Eine entsprechende Umsetzung ist für 2014 vorgesehen.												
Sachstandsbericht November 2014 Mit Wirkung ab dem 01.01.2014 ist die Kürzung des Stellenanteils umgesetzt.											Abschlussbericht? ja	

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 117	Bezeichnung Beförderung mit dem Schulbus bei weiterer Bereitstellung der pflichtigen Schülerfahrkosten ab dem Schuljahr 2013/2014. Beschluss: Der Einsparbetrag soll erzielt werden, jedoch nicht durch eine Einstellung des Schülerspezialverkehrs, sondern durch geeignete Einbeziehung der Eltern und Schulen. Wie schon zu den Haushaltsberatungen 2011 per Antrag gefordert, sollen Wege gefunden werden, die Eltern stärker an den Beförderungskosten zu beteiligen. Darüber hinaus müssen nun endlich die Gespräche mit den jeweiligen Schulen geführt werden, um z.B. durch Betreuungsmodelle die Zahl der Fahrten deutlich zu reduzieren.									
Dez. IV	Amt 40	PG 03 02	Beschreibung Derzeit werden an verschiedenen Grundschulen (sowie der Uppenbergschule und den Schulen im Schulzentrum Hiltrup) die Schüler/-innen, die in den Randbereichen der Stadt wohnen, bei Vorliegen der Voraussetzungen mit dem Schulbus zur Schule transportiert. Verpflichtet ist die Stadt Münster nach Schulgesetz nur zur Fahrkostenübernahme (in der Regel in Höhe der ÖPNV-Kosten / "goCard"; in Einzelfällen der Kilometerpauschale). [...] Hinweis: Aus Platzgründen ist die Beschreibung hier nicht vollständig wiedergegeben. Die vollständige Beschreibung kann der Vorlage zum 1. Projektbericht (Vorlage V/0386/2013) entnommen werden.									
Ergebnis-verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	-324.980	-324.980	-324.980						
Saldo		0	0	324.980	324.980	324.980	324.980	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme nicht umsetzbar												

Sachstandsbericht 2013

Juli: Aufgrund des Konsolidierungsbeschlusses stehen für die Durchführung des Schülerspezialverkehrs ("Schulbustransport") ab 2015 keine Mittel mehr zur Verfügung. Die Schulen wurden befragt, ob und in welchem Umfang eine Reduzierung der Anzahl der Schülerspezialverkehre vorstellbar wäre. Aufgrund der Rückmeldungen ist in diesem Bereich mit keinen nennenswerten Einsparungen zu rechnen. Gespräche mit Elternvertretungen und den betroffenen Schulen sind für das 2. Quartal 2013 geplant, damit Regelungen möglichst so frühzeitig geklärt werden sollen, damit sie vor Beginn des Anmeldeverfahrens 2014 bekannt sind. Die Verwaltung plant eine entsprechende Ratsvorlage für den Sommer 2013.

November: Eine vollständige Umsetzung in der vorgesehenen Form ist sowohl aus rechtlichen wie organisatorischen Gründen nicht möglich. Die Verwaltung hat hierzu eine entsprechende Ratsvorlage für September 2013 vorbereitet (Vorlage V/0646/2013), die eine teilweise Umsetzung vorsah. Die Vorlage ist in der Ratssitzung am 25.09.2013 mehrheitlich abgelehnt worden.

Sachstandsbericht November 2014

Eine vollständige Umsetzung in der vorgesehenen Form ist sowohl aus rechtlichen wie organisatorischen Gründen nicht möglich. Die Verwaltung hat hierzu eine entsprechende Ratsvorlage für September 2014 gefertigt (Vorlage V/0527/2014), die eine Fortführung des Schülerspezialverkehrs im ursprünglichen vorsah. Der Vorlage wurde in der Ratssitzung am 10.09.2014 mehrheitlich zugestimmt. Die notwendigen Mittel müssen für die Folgejahre bereit gestellt werden.

Abschlussbericht?
ja

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 119	Bezeichnung Streichung einer 0,25 Verwaltungsfachkraft								
Dez. IV	Amt 40	PG 03 02	Beschreibung Beschreibung: Streichung 0,5 Verwaltungsfachkraft für allgemeine Büroangelegenheiten (Beschaffung, Abrechnung, Vertretung des Sekretariats). Die Aufgaben müssen verlagert werden, in Folge müssen die Schulpsycholog/-innen mehr Arbeitszeit für Verwaltungsaufgaben aufwenden. [...] Hinweis: Aus Platzgründen ist die Beschreibung hier nicht vollständig wiedergegeben. Die vollständige Beschreibung kann der Vorlage zum 1. Projektbericht (Vorlage V/0386/2013) entnommen werden.								
Gremium ASW											
Beschluss geändert aufgreifen											
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-11.210	-11.210	-11.210	-11.210						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	11.210	11.210	11.210	11.210	11.210	0	11.210	11.210	11.210	11.210
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht 2013 Juli: Maßnahme wird noch planmäßig umgesetzt November: Die Maßnahme wurde im August 2013 umgesetzt.											
Sachstandsbericht November 2014 ---										Abschlussbericht? ja	

Kategorie Prüfaufträge		Nr. 8	Bezeichnung Prüfauftrag: Einführung von Parkgebühren auf städtischen Stellplatzflächen
Dez. IV	Amt 40	PG	Beschreibung Beschreibung: Auf städtischen Stellplatzflächen, z.B. an den städtischen Schulen, stehen in unterschiedlicher Anzahl Stellplätze zur Verfügung. Teilweise können diese städtischen Stellplätze bislang unentgeltlich genutzt werden. Die Stadt Köln führt derzeit probeweise in einem Stadtbezirk einen Modellversuch zur Parkraumbewirtschaftung an Schulen durch. Damit soll festgestellt werden, ob und unter welchen Bedingungen und mit welchem technischen und/oder baulichen Aufwand dies (wirtschaftlich) umsetzbar ist. Bürgerwirkung: Abhängig vom Prüfungsergebnis könnten Stellplätze zukünftig nicht mehr unentgeltlich zur Verfügung stehen. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: Abhängig vom Prüfungsergebnis.
Gremium ASW			
Umsetzungsstand Prüfauftrag abschließend bearbeitet			
Sachstandsbericht 2013 Juli: November: Dieser Prüfauftrag ist im Arbeitsprogramm gegenüber dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung mit seinen Vorarbeiten für das 4. Quartal 2013 vorgesehen.			
Sachstandsbericht November 2014 Die Stadt Köln wird nach den Erfahrungen an einer Schule absehbar keine flächendeckende Umsetzung vornehmen. Damit bestätigen sich die kritischen Punkte, die auch für Münster eine Umsetzung als fraglich erscheinen lassen (Überwachbarkeit/Durchsetzungsfähigkeit, Verhältnis von Kostenaufwand und Ertrag, Belastung der Nachbarschaft durch erhöhten Parkdruck etc.). Die Verwaltung empfiehlt, diesen Prüfauftrag nicht umzusetzen.			Abschlussbericht? ja

Kategorie Prüfaufträge		Nr. 12	Bezeichnung Prüfauftrag: Zusammenlegung von Schulen
Dez. IV	Amt 40	PG	Beschreibung Beschreibung: An mehreren Standorten liegen Grundschulen entweder direkt nebeneinander oder in unmittelbarer Nachbarschaft. Die Auslastung der einzelnen Schulen und Räume ist aktuell hoch. Auch wenn komplette Schulgebäude durch die organisatorische Zusammenlegung von Grundschulen nicht aufgegeben werden können, wird die Schulverwaltung prüfen, ob und welche Synergien durch die Zusammenlegung entstehen. Dabei gilt jedoch weiterhin das Prinzip "kurze Beine, kurze Wege" als Maßstab.
Gremium ASW			
Umsetzungsstand Prüfauftrag abschließend bearbeitet			
Sachstandsbericht 2013 Juli: --- November: Es hat zwischenzeitlich verschiedene Gespräche mit Schulen gegeben. Nach derzeitigem Stand erfüllen alle eventuell in Frage kommenden Schulen die Voraussetzungen auf Eigenständigkeit. Nach Auswertung der kleinräumigen Bevölkerungsprognose 2014 soll im 2. Halbjahr 2014 hierzu eine Vorlage gefertigt werden.			
Sachstandsbericht November 2014 Im ergebnisoffenen Prozess mit zwei Grundschulen in einem Stadtteil gab es keine gemeinsame Entscheidung der Schulen und der beteiligten Eltern für eine Zusammenlegung. Es bleibt offen, ob zukünftig auf Grund der Einwohnerentwicklung Grundschulen unter die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl fallen und somit schulorganisatorische Maßnahmen (Beispiel Pestalozzischule/Idaschule) zu treffen sind.			Abschlussbericht? ja

N a c h r i c h t l i c h:

**Maßnahmen, zu denen bereits in bisherigen Projektberichten
der Abschlussbericht vorgelegen hat**

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 107	Bezeichnung Kündigung des Vertrages zur Führung der Stadtbildstelle durch das Landesmedienzentrum des LWL über den 31.12.2013								
Dez. IV	Amt 40	PG 03 01	Beschreibung: Beschreibung: Das Landesmedienzentrum des LWL nimmt die Aufgaben einer Stadtbildstelle für die Stadt Münster mit wahr. Hierfür erfolgt eine Kostenerstattung für ca. 1,5 Stellen (ca. 85.000,- €) sowie die Bereitstellung von Sachmitteln für die Beschaffung von Medien bzw. Durchführung von Projekten (Veranschlagt: 17.000,- € im Ergebnisplan und 37.000,- € im Finanzplan). Die aus städtischen Mitteln beschafften Medien / Lizenzen würden von der Stadt übernommen. An welcher Stelle und in welchem Umfang die Aufgaben in städtischer Regie wahrgenommen werden können, ist noch konzeptionell zu entwickeln. [...] Hinweis: Aus Platzgründen ist die Beschreibung hier nicht vollständig wiedergegeben. Die vollständige Beschreibung kann der Vorlage zum 1. Projektbericht (Vorlage V/0386/2013) entnommen werden.								
Gremium ASW											
Beschluss aufgreifen											
Ergebnis-verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	-4.880	-4.880	-4.880						
Sachaufwendungen	0	-75.870	-78.990	-82.210	-82.210						
Saldo	0	75.870	83.870	87.090	87.090	87.090	0	70.980	78.980	82.200	82.200
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung niedriger als politischer Beschluß											
Sachstandsbericht 2013 Juli: Der Vertrag mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe wurde fristgemäß zum 31.12.2013 gekündigt. Derzeit erfolgen verwaltungsweite Abstimmungen, wie und mit welchem Aufwand der Medienverleih in den Betrieb der Stadtbücherei integriert werden kann. November: Der Vertrag mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe wurde fristgemäß zum 31.12.2013 gekündigt. Für 2014 ist die Übernahme der Aufgabenwahrnehmung in veränderter Form durch die Stadtbücherei beschlossen (siehe Vorlage V/0393/2013). Wie dort dargestellt, wird die Einsparvorgabe um ca. 4.900,- € jährlich unterschritten.											
Sachstandsbericht November 2014 ---										Abschlussbericht? ja	

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 113	Bezeichnung Reduzierung um 0,5 Personalstelle								
Dez. IV	Amt 40	PG 03 01	Beschreibung: Beschreibung: in der Fachstelle Schulbaumaßnahmen und Ausstattung werden über zwei 0,5 Stellen Maßnahmen wie Offener Ganztage, Lehrmittelbeschaffung bei Renovierung, Neubau und Erweiterung sowie Schulhofgestaltung koordiniert und umgesetzt Bürgerwirkung: Die o.a. Maßnahmen erfordern i.d.R. ein hohes Maß an Koordination und Abstimmung mit vielen Beteiligten. Dabei gilt es, die Wünsche und Forderungen der Schulen mit den Möglichkeiten in Einklang zu bringen, was ein hohes Maß an Kommunikation erfordert. Durch Personalreduzierung in diesem Bereich wird der gesamte Ablauf von Maßnahmen verzögert umgesetzt. Folge: Maßnahmen können ggf. nicht immer fristgerecht abgeschlossen werden. Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle A10 Flächenwirkung: keine								
Gremium ASW											
Beschluss aufgreifen											
Ergebnis-verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-27.000	-27.000	-27.000	-27.000						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000	22.500	27.000	27.000	27.000	27.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht 2013 Juli: Eine 0,5 Stelle ist bereits seit dem 26.02.2013 nicht mehr besetzt (entsprechende Aufwandssenkung 2013). November: ---											
Sachstandsbericht November 2014 ---										Abschlussbericht? ja	

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 118	Bezeichnung Umwandelung des hauptamtlichen Lotsendienstes in einen nebenamtlichen Lotesendienst für die Richard-von-Weizsäcker-Schule (Primarstufe) ab 2013								
Dez. IV	Amt 40	PG 03 02	Beschreibung Aufgrund eines Unfalls wurde am Überweg auf der Mecklenburger Str. im Bereich der Bushaltestelle „Bonhoeffer Str“ ab Oktober 2008 ein Lotsendienst eingerichtet, um die Kinder der Richard-von-Weizsäcker Schule bei der Überquerung der Straße zu unterstützen. Dieser Lotsendienst wird ab 1.1.2013 eingestellt mit dem Ziel ehrenamtliche Kräfte zu gewinnen. [...] Hinweis: Aus Platzgründen ist die Beschreibung hier nicht vollständig wiedergegeben. Die vollständige Beschreibung kann der Vorlage zum 1. Projektbericht (Vorlage V/0386/2013) entnommen werden.								
Gremium ASW											
Beschluss aufgreifen											
Ergebnis-verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000						
Saldo	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	24.850	30.000	30.000	30.000	30.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung niedriger als politischer Beschluß											
Sachstandsbericht extern 2013 Juli: Nach intensiven Gesprächen mit der Schule und den Stadtwerken konnte erreicht werden, dass die Schüler/innen nach den Osterferien 2013 eine andere Bushaltestelle nutzen können. Hierdurch kann der Lotsendienst gänzlich entfallen, so dass die Umsetzung des Konsolidierungsvorschlags abgeschlossen ist. Für den Übergangszeitraum bis April 2014 wurde der Lotsendienst noch finanziert (Ca. 5.180,- €) November: ---											
Sachstandsbericht extern November 2014 ---										Abschlussbericht? ja	

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 121	Bezeichnung BAFF-Projekt keine Neubewilligung								
Dez. IV	Amt 40	PG 03 02	Beschreibung Beschreibung: Die Maßnahme BAFF (Betriebliche Ausbildung für Frauen in Teilzeit) wird ab 2013 nicht mehr aus kommunalen Mitteln kofinanziert, um die sozialpädagogische Betreuung sicherzustellen. Der Träger kann die Maßnahme incl. der sozialpädagogischen Betreuung zertifizieren lassen und das Jobcenter kann die Kosten in voller Höhe erstatten. Bürgerwirkung: keine, wenn die Maßnahme aus Bundesmitteln (Jobcenter) weiter gefördert wird Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Gremium ASW											
Beschluss aufgreifen											
Ergebnis-verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-35.640	-35.640	-35.640	-35.640	-35.640						
Saldo	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht 2013 Juli: Das Projekt BAFF - Betriebliche Ausbildung für Frauen in Teilzeit wurde im Jahr 2013 nicht mehr bewilligt, sodass die Einsparung bei der Projektförderung vorgenommen wurde. November: ---											
Sachstandsbericht November 2014 ---										Abschlussbericht? ja	

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 122	Bezeichnung Reduzierung 0,5 Stelle								
Dez. IV	Amt 40	PG 03 02	Beschreibung Beschreibung: Reduzierung um 0,5 Stelle Bürgerwirkung: Das Land beabsichtigt, ein neues Übergangssystem Schule-Beruf einzuführen. In diesem Zusammenhang fördert das Land zusätzliches Personal für diesen Aufgabenbereich. Dadurch besteht die Möglichkeit, den Wegfall der Stelle auszugleichen. Personalwirkung: 0,5 Stelle E13 Flächenwirkung: 1 Büro ca. 12 qm								
Gremium ASW											
Beschluss aufgreifen											
Ergebnis-verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-37.890	-37.890	-37.890	-37.890						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	37.890	37.890	37.890	37.890	37.890	0	37.890	37.890	37.890	37.890
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht 2013 Juli: Maßnahme wird noch planmäßig umgesetzt November: Die Maßnahme wurde bereits in 2013 umgesetzt.											
Sachstandsbericht November 2014 ---										Abschlussbericht? ja	

Kategorie Einzelmaßnahmen		Nr. 126	Bezeichnung Entgelterhöhung								
Dez. IV	Amt 40	PG 04 02	Beschreibung Beschreibung: Erhöhung der Teilnehmerentgelte um 7 % bei gleichzeitig differenzierter Berechnung nach Adressaten und Veranstaltung. Eine Erhöhung ist erst mit dem neuen Semester 2013/2014 (Beginn: 01.09.2013) möglich. Bürgerwirkung: ggf. Teilnehmerrückgang Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Gremium ASW											
Beschluss aufgreifen											
Ergebnis-verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	35.000	105.000	105.000	105.000	105.000						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	35.000	105.000	105.000	105.000	105.000	105.000	35.000	105.000	105.000	105.000	105.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht 2013 Juli: Die Entgeltordnung (Ortsrecht) ist vom Rat zu beschliessen. Beratungsplan: 18.06.2013 ASW 10.07.2013 Hauptausschuss 10.07.2013 Rat November: Die veränderte Entgeltordnung wurde vom Rat am 10.07.2013 beschlossen (Vorlage V/0302/2013).											
Sachstandsbericht November 2014 ---										Abschlussbericht? ja	

Kategorie Prüfaufträge		Nr. 6	Bezeichnung Prüfauftrag: Einstellung der Taxi-Beförderung bei weiterer Bereitstellung der pflichtigen Schülerfahrtkosten
Dez. IV	Amt 40	PG	Beschreibung Beschreibung: Derzeit werden die Förderschüler/innen in der 1. und 2. Klasse bei Vorliegen der Voraussetzungen per Taxi zur Schule transportiert. Verpflichtet ist die Stadt Münster nach dem Schulgesetz nur zur Fahrkostenübernahme (in der Regel in Höhe der ÖPNV-Kosten/"goCard"; in Einzelfällen der Kilometerpauschale). Die Verwaltung wird eine Rückführung auf den gesetzlichen Standard prüfen. Bürgerwirkung: Die Förderschulkinder der 1. und 2. Klasse müssen dann mit dem ÖPNV bzw. durch die Eltern transportiert zur Schule kommen. Dies entspricht der gesetzlichen Regelung. Personalwirkung (Stellen): Hierdurch entfallen ca. 0,3 Stellenanteile E 10. Flächenwirkung: keine
Gremium ASW			
Umsetzungsstand Prüfauftrag umgesetzt			
Sachstandsbericht 2013 Juli: Die Förderschulen und das Gesundheitsamt sind um eine Einschätzung zu einer etwaigen Einstellung des Taxitransportes für die Erst- und Zweitklässler mit Förderbedarf gebeten worden. Hierzu bestehen von allen Beteiligten erhebliche Bedenken, ob die Kinder in der Lage sind, den ÖPNV mit ausreichender Sicherheit zu bewältigen. Weitere Überlegungen und Prüfungen sind noch erforderlich. November: Nach Einschätzung der beteiligten Schulen und des Amtes 53 ist die Einstellung der Taxibeförderung der Förderschulkinder des 1. und 2. Schuljahres äußerst problematisch. Die Verwaltung berichtete mit der Vorlage V/0614/2013 im September 2013 im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (ASW) und im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL).			
Sachstandsbericht November 2014 ---			Abschlussbericht? ja